

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 102. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 23. Juli 2015

1. Abgeordnete

Fritz Presl,
Hans Jürgen Noss und
Alexander Fuhr (SPD)

Zukunft des Konversionsprojekts Zweibrücken

Nachdem sie das Flughafenareal im Dezember 2014 übernommen hatte, hat die TRIWO AG laut Medienberichten am 14. Juli 2015 nun die weiteren Pläne für die Entwicklung und künftige Nutzung des Geländes vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Pläne hat der neue Betreiber nach Kenntnis der Landesregierung hinsichtlich einer weiteren Nutzung des Flughafens?
2. Wie bewertet die Landesregierung die vorgestellten Pläne mit Blick auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Region?

2. Abgeordnete

Bettina Dickes und
Martin Brandl (CDU)

Befristete Arbeitsverträge zum Ende des Schuljahres 2014/2015

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Lehrer arbeiten, wie im Beispiel der Lehrerin am Hannah-Arendt-Gymnasium, für die eine Onlinepetition gestartet wurde, in befristeten Zeitverträgen, obwohl ihre Fächerkombination dauerhaft an den jeweiligen Schulen gebraucht wird?
2. Wie viele Lehrer verfügen zum Stichtag 24. Juli 2015 über einen befristeten Arbeitsvertrag?
3. Wie viele Lehrer verfügen über die Sommerferien über einen befristeten Arbeitsvertrag?
4. Wie viele Lehrer mit einem befristeten Arbeitsvertrag arbeiten bereits seit zwei, drei, vier oder fünf und mehr Jahre im rheinland-pfälzischen Schuldienst?

3. Abgeordneter

Dietmar Johnen
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Der ökologische Landbau ist eine Form der Landwirtschaft mit besonderem Augenmerk auf Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung. Durch Maßnahmen wie den Verzicht auf den Einsatz chemisch-synthetischer Produktionsmittel, einer vielfältigen Fruchtfolge und einer schonenden Bodenbearbeitung leistet der Ökolandbau einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität sowie zum Schutz des Klimas, der Böden und des Grundwassers. Auch Tierschutzkriterien wie Auslauf und maximale Tierdichte werden beachtet. Auch die konventionellen Betriebe können von den innovativen Ansätzen einer umweltgerechten und nachhaltigen Bewirtschaftung profitieren.

Am 10. Juli 2015 veröffentlichte das Bundeslandwirtschaftsministerium die Strukturdaten für den Ökolandbau in Deutschland im vergangenen Jahr. Verschiedene Medien berichteten daraufhin, dass die ökologisch bewirtschaftete Fläche im Bundesdurchschnitt von 2013 auf 2014 um 1,2 Prozent sank.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Ökolandbau in Rheinland-Pfalz in den letzten fünf Jahren entwickelt?
2. Wie haben sich die Fördersätze für die ökologische Wirtschaftsweise in Rheinland-Pfalz in den letzten fünf Jahren entwickelt?
3. Können auch Landwirte mit bestehenden und noch fortlaufenden fünfjährigen Förderverträgen an der Erhöhung der Prämien partizipieren?
4. Mit welchen weiteren Maßnahmen fördert das Land die ökologische Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz?

4. Abgeordnete
Adolf Kessel und
Matthias Lammert (CDU)

Jüngste Äußerungen der Landesregierung zur Differenzierung von Asylsuchenden mit und ohne Bleibeperspektive

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Differenzierung von Asylsuchenden mit und ohne Bleibeperspektive?
2. Wie begründet die Landesregierung, dass sie es befürwortet, bei der Bearbeitung der Asylverfahren nach Bleibeperspektive zu unterscheiden, in Fragen der Integrationsangebote aber nicht?
3. Kann die Landesregierung sicherstellen, dass alle Asylsuchenden mit Bleibeperspektive an allen Integrationsangeboten des Landes ohne Wartezeit teilnehmen können?
4. Wie viele Asylsuchende ohne Bleibeperspektive nehmen aktuell an Sprachkursen teil, die vom Land gefördert werden?

5. Abgeordnete
Alexander Schweitzer und
Daniel Schäffner (SPD)

Verdacht auf Anthrax in Landstuhl

Wie verschiedene Medien am 11. Juli 2015 berichteten, soll es in den letzten Jahren zu Lieferungen von aktiven Sporen des Milzbranderreger Anthrax an den Standort der US-Streitkräfte im rheinland-pfälzischen Landstuhl gegeben haben. Die Ministerpräsidentin hat sich daraufhin am 14. Juli 2015 mit einem Brief an den US-Botschafter in Berlin gewandt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was ist der Landesregierung über die berichteten Vorgänge bekannt und seit wann hat sie Kenntnis?
2. Gab es nach Einschätzung der Landesregierung konkrete Gefahren für die lokale Bevölkerung?
3. Hat die Landesregierung rechtliche Einwirkungsmöglichkeiten auf Vorgänge am US-Stützpunkt Landstuhl?

6. Abgeordnete
Heinz-Hermann Schnabel
und Simone Huth-Haage
(CDU)

Zusagen der Landesregierung nach Unwettern in Framersheim und dem Donnersbergkreis

Im Donnersbergkreis gab es im vergangenen Jahr zwei verheerende Unwetter bzw. Hochwasser: in der Verbandsgemeinde Rockenhausen am 29. Juli 2014 und in der Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel am 20. September 2014. Es entstand ein Millionenschaden. In Framersheim wurden am 8. Juli 2015 durch ein heftiges Unwetter ca. 100 Häuser beschädigt und teilweise unbewohnbar. Die Landesregierung hat nach Medienberichten finanzielle Unterstützung (vgl. SWR Online, 9. Juli 2015) für Framersheim zugesagt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche finanziellen, personellen und sächlichen Maßnahmen hat die Landesregierung den Einwohnern in den genannten Verbandsgemeinden im Donnersbergkreis konkret im vergangenen Jahr zugesagt?
2. Welche dieser finanziellen, personellen und sächlichen Maßnahmen hat die Landesregierung bisher konkret umgesetzt?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung konkret den Einwohnern in Framersheim zugesagt?
4. Wie steht die Landesregierung zu der Einführung eines Härtefallfonds, der geschädigte Privatpersonen in Fällen, in denen eine Elementarversicherung nicht greift, finanziell unterstützt?

7. Abgeordneter**Nils Wiechmann**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Anthrax-Sporen in Rheinland-Pfalz**

Medienberichten zufolge soll das US-Militärgelände in Landstuhl mit aktiven Anthrax-Sporen, einem hochgefährlichen Biokampfstoff, beliefert worden sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung zu dem Vorfall auf dem US-Militärgelände in Landstuhl offiziell vonseiten der Bundesregierung vor?
2. Lassen die Informationen Schlüsse zu, dass man dort tatsächlich mit aktiven Anthrax-Sporen arbeitet?
3. Bestand zu irgendeinem Zeitpunkt eine tatsächliche Gefahr durch die Anthrax-Sporen für die rheinland-pfälzische Bevölkerung?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern, damit es keine Biokampfstoffe in Rheinland-Pfalz gibt?

8. Abgeordnete**Dr. Tanja Machalet,
Ingeborg Sahler-Fesel und
Heike Scharfenberger**
(SPD)**Sicherung des Fachkräftebedarfs durch Menschen mit Migrationshintergrund**

Eines der zentralen Ziele der Landesstrategie zur Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz, das aus dem Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin hervorgegangen ist, lautet: „Erleichterung des Zuzugs von Fachkräften und Etablierung einer Willkommenskultur.“ Der demografische Wandel, die Digitalisierung, der technische Fortschritt und die voranschreitende Globalisierung führen zu einem wachsenden Bedarf an Fachkräften.

In Ludwigshafen fand nun am 15. Juli 2015 die Arbeitsmarktkonferenz 2015 zum Thema „Sicherung des Fachkräftebedarf durch Menschen mit Migrationshintergrund“ statt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer führte dort aus, es sei unverantwortlich, das Fachkräftepotenzial der in diesem Jahr bis zu 20000 in Rheinland-Pfalz erwarteten asylsuchenden Menschen nicht zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie lauten die zentralen Erkenntnisse der Landesregierung, die sich aus der Arbeitsmarktkonferenz 2015 ableiten lassen?
2. Inwiefern stützen diese Erkenntnisse die Haltung der Landesregierung, wonach aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen Fachkräftepotenziale asylsuchender Menschen noch nicht optimal genutzt werden können?
3. Wie könnten weitere Schritte aussehen, um das Fachkräftepotenzial asylsuchender Menschen in Rheinland-Pfalz noch besser als bisher nutzen zu können?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um das Fachkräftepotenzial asylsuchender Menschen in Rheinland-Pfalz noch besser als bisher nutzen zu können?

9. Abgeordneter**Christian Baldauf (CDU)****BASF als wichtiger Impulsgeber für die gesamte rheinland-pfälzische Industrie**

Ich frage die Landesregierung:

1. Durch welche konkreten Maßnahmen schafft die Landesregierung optimale Voraussetzungen für die BASF in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Konsequenzen der Abwanderung ganzer Forschungsabteilungen der BASF – beispielsweise der Pflanzenbiotechnologie in die USA – im Hinblick auf die Zukunft unseres Landes als Wirtschaftsstandort?
3. Inwiefern leistet die Landesregierung einen Beitrag zu einer stärkeren Akzeptanz bei der Erforschung neuer Technologien?
4. Welche Bedeutung räumt die Landesregierung dieser Frage für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz ein?

- 10. Abgeordneter**
Matthias Lammert (CDU)
- Abordnung von Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei zur Bewachung der Asylbewerberunterkünfte**
- Nach Informationen aus Polizeikreisen hat die Landesregierung angeordnet, dass mindestens 55 Beamtinnen und Beamte der Bereitschaftspolizei dauerhaft für den Schutz der Asylbewerberunterkünfte in Rheinland-Pfalz abgeordnet werden sollen.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Trifft es zu, dass mindestens 55 Beamtinnen und Beamte der Bereitschaftspolizei dauerhaft für den Schutz der Asylbewerberunterkünfte in Rheinland-Pfalz abgeordnet werden sollen?
 2. Wenn ja, welchen prozentualen Anteil würde dies an der Gesamtzahl der Verfügungstärke der Bereitschaftspolizei ausmachen?
 3. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitigen Belastungen bei der Bereitschaftspolizei, auch ausgehend von der derzeitigen Überstundensituation bei der Bereitschaftspolizei?
 4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass durch die Abordnung die Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei gefährdet ist?
- 11. Abgeordnete**
Hans Jürgen Noss und
Heiko Sippel (SPD)
- Unwetterschäden im rheinhessischen Framersheim**
- Am Dienstag, dem 7. Juli 2015 kam es in Framersheim im Kreis Alzey-Worms zu einem schweren Unwetter. Laut Medienberichten kam es zu schweren Sach- sowie leichten Personenschäden. Die Landesregierung hat zwischenzeitlich angekündigt, die Betroffenen unterstützen zu wollen.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche konkreten Schäden wurden nach bisherigem Kenntnisstand der Landesregierung durch den Sturm verursacht?
 2. Wie beabsichtigt die Landesregierung den Menschen vor Ort zu helfen?
- 12. Abgeordnete**
Ruth Ratter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Kulturgutschutzgesetz**
- Der Kunsthandel läuft seit Wochen Sturm gegen die von der Staatsministerin für Kultur und Medien geplante Gesetzesnovelle zum Kulturschutz. Galeristen und Sammler sind verunsichert, und Künstler wie Georg Baselitz haben bereits ihre Leihgaben aus öffentlichen Sammlungen zurückgezogen oder kündigen derlei Schritte an, wie die Enkelin von Max Beckmann. Damit droht ein großer kultureller Schaden.
- Ich frage deshalb die Landesregierung:
1. Welche Auswirkungen sind bei Inkrafttreten des Gesetzes in der vorgelegten Form für Rheinland-Pfalz bezüglich der Erfassung und der Anzahl nationaler Kulturgüter zu erwarten?
 2. Da die Länder die Ausfuhrgenehmigungen für nationale Kulturgüter erteilen, frage ich die Landesregierung, inwieweit sie durch die geplanten bundesgesetzlichen Vorgaben gegenüber den bislang gültigen Regelungen mit vermehrten Abwanderungen von Kunstwerken aus Museen rechnet?
 3. Wie viele Ausfuhrgenehmigungen für nationale Kulturgüter wurden in den letzten zehn Jahren in Rheinland-Pfalz erteilt?
- 13. Abgeordneter**
Marcus Klein (CDU)
- Laboruntersuchungen mit Milzbranderregern in Landstuhl**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den Berichten über Experimente mit Biokampfstoffen, insbesondere mit Milzbranderregern, in Rheinland-Pfalz?
 2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor, ob diese Stoffe noch an rheinland-pfälzischen Militärstandorten vorhanden sind?
 3. Welche potenziellen und konkreten Gefahren bestanden/bestehen für die Zivilbevölkerung in der Region?
 4. Inwieweit kann und wird die Landesregierung Maßnahmen ergreifen, um Experimente mit Biokampfstoffen in Rheinland-Pfalz auszuschließen?

14. Abgeordnete**Alexander Schweitzer und
Michael Hüttner (SPD)****Fremdenfeindliche Aktivitäten der Partei „Der Dritte Weg“ im Internet**

In den letzten Tagen wurde im deutschsprachigen Internet über eine Karte bei dem Dienst „Google Maps“ diskutiert, auf der Unbekannte eine Sammlung von Asylbewerberheimen in Deutschland angelegt haben. Die Beschreibung der Karte stellte einen Zusammenhang zu der Anti-Asylkampagne „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“ der als rechtsextrem eingeschätzten Partei „Der Dritte Weg“ her.

Wie mehrere Medien am 17. Juli 2015 übereinstimmend berichteten, ist die Karte aufgrund einer Vielzahl eingegangener Beschwerden zwischenzeitlich von Google gesperrt worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was ist der Landesregierung zur politischen Zielsetzung der Partei bekannt?
2. Welche Aktivitäten hat die Partei bisher in Rheinland-Pfalz entfaltet?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über politische und personelle Berührungspunkte der Partei zur NPD oder sogenannten „freien“ Gruppierungen in der rechtsextremen Szene?

15. Abgeordnete**Wolfgang Schwarz und
Michael Hüttner (SPD)****Neuaufstellung der Spezialkräfte der Polizei Rheinland-Pfalz**

Am 13. Juli 2015 kündigte der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz an, dass die Landesregierung die Spezialeinsatzkräfte der Polizei neu organisieren werde.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Einheiten sind von der vorgesehenen Änderung betroffen?
2. Welche Veränderungen werden konkret vorgenommen?
3. Welche Effekte erhofft sich die Landesregierung von dieser Veränderung für die Sicherheitsarchitektur in Rheinland-Pfalz?
4. Welche Auswirkungen werden die Änderungen auf die betroffenen Beamtinnen und Beamten der Polizei haben?

16. Abgeordnete**Matthias Lammert und
Ralf Seekatz (CDU)****Gefahren durch brennende Windräder**

In den letzten Monaten ist wiederholt in den Medien von brennenden Windrädern berichtet worden. Die Feuerwehren haben hier meist keine Möglichkeiten, die Brände zu löschen, weil ihre Leitern nicht lang genug sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Gibt es auch in Rheinland-Pfalz Fälle von brennenden Windrädern (wenn ja, bitte Angabe des Datums, der jeweiligen Fälle und genaue Örtlichkeit)?
2. Falls Frage 1 bejaht wird, konnte die Feuerwehr in den betreffenden Fällen die Brände löschen?
3. Werden die Feuerwehren für solche Einsatzlagen genügend vorbereitet bzw. aus- und fortgebildet?
4. Sieht die Landesregierung es für notwendig an, aus präventiven Gründen an den Windrädern automatische Löschvorrichtungen vorzuschreiben? Wenn nein, warum nicht?

17. Abgeordnete

Anne Spiegel und
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Initiativen der Landesregierung zur Gleichstellung und Frauenförderung in der Kommunalpolitik

Die Landesregierung verfolgt mit ihrer Arbeit das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit auch in den kommunalen Räten. Frauenförderung und gleichstellungspolitische Maßnahmen sind sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene wichtig, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu erreichen. Zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 liegt der Landesregierung nun der Paritätsbericht vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viel Prozent der Mandate in den kommunalen Räten und wie viel Prozent der direkt gewählten Landrätinnen und Landräte, hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern werden nach der Kommunalwahl 2014 von Frauen besetzt?
2. Wie bewertet die Landesregierung die vorliegenden Ergebnisse der Kommunalwahl 2014 im Hinblick auf das erklärte Ziel der Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern?
3. Mit welchen Programmen und Kampagnen hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren Frauen, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten, unterstützt und gefördert, um ihre Chancen zu erhöhen, bei den Kommunalwahlen ein politisches Mandat zu erringen?
4. Welche neuen Erkenntnisse lassen sich aus der neu eingeführten Paritätsstatistik und dem Ersten Paritätsbericht der Landesregierung gewinnen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass erstmals nicht nur die Wahlergebnisse, sondern auch die Aufstellungsverfahren der Parteien und Wählergruppen im Vorfeld der Wahlen geschlechterdifferenziert ausgewertet wurden?

18. Abgeordnete

Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Finanzierung der verbleibenden Stellen in der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen gibt es im ersten Halbjahr 2015 Verzögerungen bei der Auszahlung des Landeszuschusses?
2. Wie viele Stellen bzw. Beratungsstellen sind davon betroffen?
3. Müsste es hierfür nicht eine geänderte Verordnung geben?

19. Abgeordnete

Kathrin Anklam-Trapp,
Heike Scharfenberger und
Walter Feiniler (SPD)

Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur ersten Pflegekammer Deutschlands

Der rheinland-pfälzische Landtag hat mit der einstimmigen Verabschiedung der Novelle des Heilberufsgesetzes im Dezember 2014 die Weichen für die Errichtung der ersten Pflegekammer Deutschlands zum 1. Januar 2016 gestellt. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hat wie im Heilberufsgesetz vorgesehen die Mitglieder des Gründungsausschusses berufen, die seit Januar 2015 damit befasst sind, die erste Kammerwahl für das Jahresende 2015 vorzubereiten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Vorbereitungen der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz durch den Gründungsausschuss?
2. Wie ist die Resonanz auf die vom Gründungsausschuss durchgeführten Informationsveranstaltungen „Gründungsausschuss vor Ort“ bei den Pflegekräften?
3. Wie ist der Stand der Registrierung der Kammermitglieder und welche Rückschlüsse ermöglicht dieser Stand auf die zu erwartende Zahl wahlberechtigter Pflegekräfte bei der ersten Kammerwahl?

20. Abgeordnete

**Wolfgang Schlagwein und
Dr. Bernhard Braun**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwicklung von Genossenschaftsgründungen in Rheinland-Pfalz

Genossenschaften haben in Deutschland eine lange Tradition. Ob es sich um die regionalen Volks- und Raiffeisenbanken, Wohnungsgenossenschaften, Agrargenossenschaften und nicht zuletzt Energiegenossenschaften handelt: Das Ziel ist es stets, die wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Belange ihrer Mitglieder zu fördern. Dabei bieten genossenschaftliche Unternehmen wie keine andere Rechtsform die Möglichkeit der Mitwirkung und Mitgestaltung. Das Recht der Genossenschaft wird in Deutschland durch das Gesetz die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betreffend (kurz: Genossenschaftsgesetz) geregelt. Dieses wurde letztmalig im Jahr 2006 novelliert. Die Auswirkung dieser Novelle auf Genossenschaftsgründungen wurde nun in einer, durch das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) in Auftrag gegebenen Studie, untersucht.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Wie lauten die zentralen Ergebnisse der durch das BMWi vorgelegten Studie?
2. Wie verlief die Entwicklung von Genossenschaftsgründungen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren?
3. Wie erklärt sich die Landesregierung den Rückgang bei den Gründungen von Energiegenossenschaften in den vergangenen Jahren?
4. Welche Voraussetzungen sind nach Ansicht der Landesregierung notwendig, damit das Genossenschaftsmodell erfolgreich bleibt und insbesondere der Start kleinerer Genossenschaftsgründungen vereinfacht wird?

21. Abgeordnete

**Bettina Brück und
Manfred Geis (SPD)**

Wettbewerb zur Förderung junger Schreibtalente in Rheinland-Pfalz

Am 7. Juli 2015 hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur die Anthologie „Durchschrift 2“ vorgestellt. Diese vereint Texte junger rheinland-pfälzischer Schreibtalente, die an einem Schreibwettbewerb des Landes teilgenommen haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches sind die Anforderungen, um an dem Talentwettbewerb teilnehmen zu können?
2. Wie sind die weiteren Abläufe des Wettbewerbs und wie viele Preisträger gibt es?
3. Welche weiteren Maßnahmen zur kreativen Förderung junger Menschen in Rheinland-Pfalz gibt es?

22. Abgeordnete

**Kathrin Anklam-Trapp,
Heike Scharfenberger und
Bettina Brück (SPD)**

Aufnahmestopp im Altenheim Piesport

Wie der Trierische Volksfreund in seinen Ausgaben vom 3. Juli und 10. Juli 2015 berichtete, hat es in einem Piesporter Altenheim der Betreibergruppe Ago im Juni 2015 Beanstandungen durch die Beratungs- und Prüfbehörde nach dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (LWTG) gegeben, die in einem Aufnahmestopp für die Einrichtung mündeten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Beanstandungen wurden seitens der Beratungs- und Prüfbehörde nach dem LWTG bei der Einrichtung festgestellt?
2. Welche Auflagen wurden der Einrichtung daraufhin gemacht?
3. Mit welchen Maßnahmen hat die Einrichtung seitdem auf die Beanstandungen reagiert?
4. Wie viele Bewohnerinnen und Bewohner befinden sich derzeit in dieser Einrichtung?

23. Abgeordnete

Stephanie Nabinger und
Dr. Bernhard Braun
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Subventionierung des britischen Atommeilers Hinkley Point C

Im Oktober 2014 stimmte die EU-Kommission den Plänen der britischen Regierung zu, Staatshilfen für den Bau des Atomkraftwerks Hinkley Point C zu geben. Den künftigen Betreibern wird hierdurch ein fixer Strompreis von 92,5 britischen Pfund (circa 112 Euro) je Megawattstunde über einen Zeitraum von 35 Jahren zugesichert. Dieser ist damit fast doppelt so hoch wie der heutige Absatzpreis (49 britische Pfund in 2012). Die staatlich garantierten Vergütungszahlungen summieren sich über die gesamte Förderzeit auf rund 108 Milliarden Euro.

Gegen die Genehmigung dieser staatlichen Beihilfen hat Österreich am Montag, dem 6. Juli 2015, beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Klage eingereicht. Am Mittwoch, dem 15. Juli 2015, reichte ein Bündnis von deutschen und österreichischen Ökostromanbietern und Stadtwerken, darunter die Stadtwerke Mainz, ebenfalls eine Klage gegen die staatlichen Atomstrombeihilfen beim EuGH ein.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hätte die Subventionierung für den Bau neuer Atomkraftwerke in Europa nach Ansicht der Landesregierung für den Erfolg der Energiewende auf rheinland-pfälzischer, nationaler und europäischer Ebene?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die eingereichten Klagen?
3. Welche Position vertritt nach Kenntnis der Landesregierung die Bundesregierung bezüglich der Entscheidung der EU-Kommission aus dem Oktober 2014?